

Die Folgen des Haushaltsbeschlusses

Gravierende Auswirkungen auf den Verbraucherschutz in Berlin

- Senat plant einseitigen Ausstieg aus bundesweiter gemeinsamer Verbraucherarbeit und Verzicht auf Bundesmittel
- viele weitere Angebote vor dem Aus
- massiver Personalverlust droht
- Fortbestand der Verbraucherzentrale Berlin unklar

22. August 2025

Budget der Verbraucherzentrale um etwa ein Drittel gekürzt

Der Senat hat mit seinem Haushaltsentwurf beschlossen, die jahrzehntelange gemeinsame Zusammenarbeit aller Verbraucherzentralen mit dem Bund einseitig aufzukündigen und darüber hinaus weitere wichtige berlinspezifische Projekte nicht weiter zu fördern. Dadurch würde unser Gesamtbudget aufgrund von politischen Entscheidungen auf einen Schlag um bis zu ein Drittel gekürzt.

Die Kürzungen und Widerrufe von gültigen Zuwendungsbescheiden aus dem Vorjahr sind hier nicht eingerechnet.

Wegfall der Kofinanzierung durch den Bund trifft die Verbraucherzentrale doppelt

Besonders einschneidend wäre die einseitige Aufkündigung der jahrzehntelangen gemeinschaftlichen Zusammenarbeit der Verbraucherzentralen aller Länder durch das Land Berlin in den durch den Bund kofinanzierten Gemeinschaftsaktionen. Das Land Berlin spart etwas über 300.000 Euro, der Schaden für die Verbraucherzentrale umfasst durch den Wegfall der Bundesmittel 630.000 Euro.

Drastischer Arbeitsplatz- und Wissensverlust droht

Die Pläne des Senats führten über die drastischen Mittelkürzungen zu einem Personalabbau und damit Arbeitsplatzverlust von ca. 40 Prozent. Dies beträfe mindestens 20 Mitarbeitende und damit auch deren Expertise. Betroffen wären davon sämtliche Mitarbeitende mit befristeten Verträgen.

Verbraucherzentrale in jetziger Form nicht mehr möglich

Selbst bei Umsetzung dieser drastischen Maßnahmen wäre noch ein sechsstelliger Fehlbetrag zu erwarten, da auch der Kernhaushalt über die dort stark steigenden Gemeinkosten schwer belastet würde. Ob so für 2026 und 27 ein Wirtschaftsplan möglich wäre, der die Verbraucherzentrale betriebsfähig hält, ist derzeit nicht absehbar.

Das Beratungsangebot müsste insgesamt drastisch eingeschränkt und die Rechtsdurchsetzung komplett eingestellt werden.

Für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Berlin entfielen zudem:

- ... die Aufklärung über Betrugsmaschen wie Fakeshops und andere digitale Herausforderungen wie etwa Glücksspielelemente in Computerspielen, gegen die der Gesetzgeber bislang keine anderweitigen Mittel findet. Ebenso entfielen damit auch die präventive Arbeit gegen die Überschuldung (junger) Menschen sowie zum klugen Umgang mit Konsum über Social Media. Dies alles enthält das jahrzehntealte Projekt „Wirtschaftlicher Verbraucherschutz“ (unten in der Tabelle Nr. 3+4).

- ... nahezu alle Unterstützung im Bereich Ernährung (Projekte 1,2 und 8). Dazu gehören fast alle Maßnahmen im Bereich Verbraucherbildung wie Schulworkshops, Abmahnungen von gesetzwidrig handelnden Lebensmittelunternehmen, Sensor und Beschwerdestelle für lebensmittelrechtliche Verbraucherprobleme und damit Unterstützung der Lebensmittelüberwachung sowie eine intensive Öffentlichkeitsarbeit in vielen Fernsehformaten. Aufklärungsmaßnahmen zu Lebensmittelverschwendung, die beliebten Kiezboxen und alle unsere Formate um gesunde, kostenbewusste und umweltfreundliche Ernährung in Einklang zu bringen. Auch hier würde die bundesweite Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Verbraucherzentralen nach Jahrzehnten einseitig beendet.
- ... die „Energieschuldenberatung Ost am Standort Lichtenberg“ (5). Diese umfasst die individuelle Beratung und Begleitung von Menschen mit Energieschulden, die der Verhinderung oder Aufhebung von Energiesperren dient und das einzige für den Standort Ost konzipierte und finanzierte Beratungsangebot ist.
- ... die Energieprojekte BAUinformationszentrum (BAUinfo) und „ZuHaus in Berlin“. Beide Projekte erfüllen unmittelbar Pflichten und nationale Rechtsvorgaben, die sich aus BEK 2030, EEWärmeG, WPG und GEG ergeben und sind für das Land Berlin erforderlich zur Erreichung der verbindliche Minderungsziele im Gebäudesektor. Sie beraten – oder koordinieren Beratungen vor Ort – zur Förderung von erneuerbaren Technologien, organisieren zielgerichtete Workshops und Infoveranstaltungen in den Bezirken für Eigenheimbesitzende, WEGs und die Wohnungswirtschaft allgemein und übernehmen Aufgaben im Bereich Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit. Das reicht von Flyern und Websites bis hin zu lokalen Veranstaltungen, mit denen die Anforderungen aus EEWärmeG, WPG und GEG transparent gemacht und deren praktische Umsetzung begleitet werden.

Alle genannten Projekte haben beständige Strukturen und Netzwerke geschaffen, von denen das Land Berlin bei der Umsetzung von Maßnahmen und gesetzlichen Vorgaben in vielen Bereichen profitiert.

Neben der faktischen Einstellung der präventiven Verbraucherbildung und -aufklärung durch uns müsste auch die verbliebene Beratung im allgemeinen Verbraucherrecht deutlich zurückgefahren werden. Sie ist durch den nicht erfolgten Personalaufbau am neuen Standort in Lichtenberg ohnehin sehr eingeschränkt und nicht annähernd bedarfsdeckend.

Wir sind als Verbraucherzentrale eine der drei vertrauenswürdigsten Institution des Landes und tragen dadurch erheblich zum Vertrauen in staatliches und privatwirtschaftliches Handeln bei.¹ Gerade in komplexen Zeiten suchen die Menschen unsere Unterstützung. Durch unsere sehr bürgernahe Beratung und Aufklärung puffern wir viele Sorgen, Frustrationen und Verunsicherungen der Menschen in Berlin frühzeitig ab – sei es in rechtlichen Angelegenheiten oder in wirtschaftlichen sowie lebenspraktischen Fragen. Wir möchten gerade in der aktuellen Situation unseren Beitrag leisten können, die Gesellschaft zu schützen und zusammenzuhalten. Einmal zerschlagene Strukturen und verlorenes Expertenwissen lassen sich nur sehr langfristig wieder aufbauen.

¹ https://presse.wdr.de/plounge/wdr/programm/2025/05/pdf/Studie_Glaubwuerdigkeit_Medien_2025.pdf.

Liste der zur Streichung anstehenden Projekte

lfd. Nr.	Projekt	Projektumfang 2025 in Euro	Zuwendungsgeber Land Berlin	Zuwendungsgeber Bund	Verwaltung
1	Projekt „Ernährung Land“	172.440,00 €	172.440,00 €		SenJustV
2	Projekt „Ernährung Bund“ (entfällt mangels Landesanteil)	175.940,00 €		175.940,00 €	BMLEH
3	Projekt „Wirtschaftlicher Verbraucherschutz Land“	140.070,79 €	140.070,79 €		SenJustV
4	Projekt „Wirtschaftlicher Verbraucherschutz Bund“ (entfällt mangels Landesanteil)	141.570,79 €		141.570,79 €	BMJV
5	Projekt „Energieschuldenberatung Ost“	101.126,62 €	101.126,62 €		SenJustV
6	Projekt „BEK 2.0 – Energie“	228.110,09 €	228.110,09 €		SenMVKU
7	Projekt „BAUinfo“	229.086,90 €	229.086,90 €		SenMVKU
8	Projekt „Zielgruppenspezifische Aufklärungsmaßnahmen zur Förderung des Bewusstseins über die Zusammenhänge zwischen Ernährung und Klima für Berliner Kinder, Jugendliche und Erwachsene“	224.608,44 €	224.608,44 €		SenMVKU
GESAMT		1.412.953,63 €	1.095.442,84 €	317.510,79 €	
9	<i>nachrichtlich: Widerrufen für 2025: Anteil SenJustV an Projekt 8</i>	52.500,00 €			SenJustV
10	<i>nachrichtlich: Widerrufen für 2025: Projekt „Ausgabekräfte-schulung Schulverpflegung“</i>	56.152,00 €			SenJustV
11	<i>nachrichtlich: Gestrichen im Nachtragshaushalt für 2025: Im Doppelhaus 24/25 ursprünglich beschlossener Aufwuchs für personelle Ausstattung Standort Ost</i>	400.000,00 €			SenJustV

Wirtschaftlicher Verbraucherschutz

Aufklärung über Verbraucherrechte für Berlinerinnen und Berliner

Ziel des Projekts ist es, durch verschiedene Aufklärungs- und Informationsangebote die Marktkompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken und damit einen wichtigen Beitrag zum Verbraucherschutz in Berlin zu leisten. Dieses Projekt wird durch die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz sowie das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz im Rahmen einer dualen Förderung finanziert. Alle Verbraucherzentralen arbeiten seit über 20 Jahren gemeinschaftlich im Projekt zusammen.

Kurzbeschreibung des Projekts

Das Projekt bietet niedrigschwellige Aufklärungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Multiplikatoren in der gesamten Stadt an. Diese Inhalte werden vom Projekt selbst erstellt und verbreitet, damit die Berliner Bürgerinnen und Bürger informierte wirtschaftliche Entscheidungen treffen können.

Die Gesetze zum Verbraucherschutz werden immer differenzierter und können mit ihren Verbesserungen den Alltag erleichtern. Diese Bemühungen lösen sich jedoch in Luft auf, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Rechte nicht kennen.

So sind Unternehmen beispielsweise seit 2023 verpflichtet, auf der Startseite ihrer Homepage einen Kündigungsbutton bereitzustellen, der ohne größere Zwischenschritte die Kündigung eines Abos ermöglichen muss. Auf Vorträgen und Infoveranstaltungen stellen wir jedoch regelmäßig fest, dass dies vielen Menschen völlig unbekannt ist. Sie lassen sich stattdessen immer noch in lästige Telefonate verwickeln, in denen Unternehmen ihnen die Kündigung ausreden wollen.

Verbraucherbildung

Ein besonderer Fokus liegt auf Themen, die insbesondere junge Menschen betreffen, wie Lootboxen in Videospiele, „Buy Now, Pay Later“-Angebote oder der sorglose Umgang mit Online-Bestellungen auf Rechnung. Diese Mechanismen sind legal, führen aber häufig zu Überschuldung, besonders bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Das Projekt will hier frühzeitig gegensteuern, indem es über psychologische Tricks in Apps und Shops aufklärt und Tipps zur Schuldenprävention gibt.

Aufsuchende Verbraucherarbeit

Neben der Erstellung von Infoflyern und Webseitenartikeln sind die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aber auch unmittelbar in den Kiezen der ganzen Stadt unterwegs. Ob im Nachbarschaftshaus in Spandau oder im Familienzentrum in Ahrensfelde.

Das geschieht in erster Linie durch Vorträge und Workshops. Diese erfreuen sich gerade bei Senioreneinrichtungen großer Beliebtheit, da in dieser Zielgruppe der Informationsbedarf etwa durch Haustürgeschäfte oder den ständig wachsenden E-Commerce besonders groß ist.

Auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie ehrenamtlich Engagierte beispielsweise in Migrantenorganisationen nehmen das Schulungsangebot des Projekts an, um ihrer Peer-group bei Fragen zu unberechtigten Rechnungen und Widerruf weiterhelfen zu können.

Daneben gehören Infostände auf unterschiedlichen Straßen- und Stadtteilfesten in den Bezirken zum Angebot.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stellt einen weiteren wichtigen Teil des Projekts dar. Dazu gehören zum einen regelmäßige Pressemitteilungen, in denen die Berliner Bevölkerung beispielsweise vor Betrugsfallen gewarnt wird oder Tipps zu aktuellen Themen gegeben werden. Regelmäßig werden diese von Redaktionen und Presseagenturen aufgegriffen und verbreitet.

Zum anderen steht das Projekt der Presse für Hintergrundgespräche und Interviews zur Verfügung. Neben der fachlichen Expertise der Mitarbeitenden wird dabei auch der Erfahrungsschatz aus der Praxis geschätzt, da die Mitarbeitenden der Verbraucherzentrale Berlin jeden Tag unmittelbaren Kontakt den aktuellen

Problemen der Verbraucherinnen und Verbraucher haben. Dies spiegelt sich in sehr vielen Presseanfragen durch unterschiedlichste Medien zu allen verbraucherrechtlichen Themen wider.

Förderbedarf im Jahr 2026

Für die Fortführung des Projekts werden 140.070,79 € benötigt. Dabei ist zu beachten, dass bei Förderung durch das Land der Bund seinerseits mit derselben Summe fördert. Die aktuelle Förderperiode des Bundes läuft seit 2023 und endet 2025. Die kommende Förderperiode soll ebenfalls drei Jahre laufen.

Der Schaden für den Berliner Verbraucherschutz läge bei Wegfall der Landesförderung insgesamt bei 280.000 €.

Information der Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Gebiet der Ernährung

Erste Anlaufstelle zu Ernährung und Lebensmitteln in Berlin

Ziel des Projekts ist es, durch verschiedene Aufklärungs- und Informationsangebote die Marktkompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher bezüglich Lebensmitteln und Ernährung zu stärken und damit einen wichtigen Beitrag zum Verbraucherschutz in Berlin zu leisten. Dieses Projekt wird durch die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz sowie das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat im Rahmen einer dualen Förderung finanziert. Alle Verbraucherzentralen der Bundesländer arbeiten seit über 40 Jahren gemeinschaftlich im Projekt zusammen.

Kurzbeschreibung des Projekts

Das Projekt bietet niedrigschwellige, zielgruppenspezifische Aufklärungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Multiplikatoren im gesamten Stadtgebiet an. Diese Inhalte werden vom Projekt selbst erstellt und verbreitet, damit die Berliner Bürgerinnen und Bürger informierte Kaufentscheidungen treffen können.

Verbraucherbildung

Da in der Kindheit der Grundstein für eine ausgewogene, gesundheitsförderliche Ernährung gelegt wird, machen einen Großteil der Arbeit Workshops in Schulen aus. Diese vermitteln praxisnah, spielerisch und zielgruppengerecht Themen wie gesunde und nachhaltige Ernährung, Sinnesschulung, Fairer Handel, Lebensmittelwertschätzung, Lebensmittelkennzeichnung oder Nahrungsergänzungsmittel. Der Praxisanteil an den Workshops ist so gestaltet, dass alltagsnahe Handlungsalternativen zu

bisherigem Verhalten erlernt oder gelerntes sofort umgesetzt werden kann. Das Projekt leistet somit einen wichtigen Beitrag zur schulischen Verbraucherbildung.

Aufsuchende Verbraucherarbeit

Neben der Erstellung von Webseitenartikeln und Infoflyern in Zusammenarbeit mit den anderen Verbraucherzentralen sowie der Durchführung von Marktanalysen im Lebensmittelbereich sind die Projektmitarbeiterinnen aber auch unmittelbar in den Kiezen der ganzen Stadt unterwegs; vom Nachbarschaftshaus in Spandau bis zum Familienzentrum in Ahrensfelde.

Das geschieht in erster Linie durch Vorträge und Workshops. Diese erfreuen sich gerade bei Verbraucherinnen und Verbrauchern jeden Alters großer Beliebtheit, da sich die Bedürfnisse in der Ernährung und die Werbestrategien der Hersteller je nach Produkt- und Zielgruppe zum Beispiel zwischen werdenden Eltern sowie Seniorinnen und Senioren stark unterscheiden.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stellt einen weiteren wichtigen Teil des Projekts dar. Dazu gehören zum einen regelmäßige Pressemitteilungen, in denen der Berliner Bevölkerung beispielsweise Tipps zu aktuellen Themen gegeben werden. Regelmäßig werden diese von Redaktionen und Presseagenturen aufgegriffen und verbreitet.

Zum anderen steht das Projekt der Presse für Hintergrundgespräche und Interviews zur Verfügung. Neben der fachlichen Expertise der Mitarbeitenden wird dabei auch der Erfahrungsschatz aus der Praxis geschätzt, da die Mitarbeitenden der Verbraucherzentrale Berlin jeden Tag unmittelbaren Kontakt zu den Problemen der Verbraucherinnen und Verbrauchern haben. So sind die Projektmitarbeiterinnen regelmäßig in verschiedenen TV-Formaten wie zdf besseresser und rbb Super.markt zu Gast.

Sensor für Probleme

Verbraucherinnen und Verbraucher können sich mit Anfragen und Beschwerden im Bereich Lebensmittel an das Projektteam wenden. Die Verbraucherzentrale fungiert als Sensor von Problemen im Bereich Ernährung; je nach Beschwerde werden diese entweder an die zuständige Lebensmittelüberwachung der

Berliner Bezirke verwiesen oder die Verbraucherzentrale Berlin übernimmt im Fall von Gesetzesverstößen durch Lebensmittelhersteller die Rechtsdurchsetzung. Somit trägt das Projekt wesentlich zum gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutz auf dem Gebiet der Ernährung bei.

Das Projekt ist in Berlin sehr bekannt und intensiv nachgefragt; etwa 40 % der Anfragen müssen aus Kapazitätsgründen abgelehnt werden.

Förderbedarf im Jahr 2026

Für die Fortführung des Projekts werden 172.440 € benötigt. Dabei ist zu beachten, dass bei Förderung durch das Land der Bund seinerseits mit derselben Summe fördert.

Der Schaden für den Berliner Verbraucherschutz läge bei Wegfall der Landesförderung insgesamt bei 345.000 €

Energiearmut vermeiden

Individuelle Beratung zu Energieschulden im Ostteil Berlins

Energieschuldenberatung für von Netzsperrern betroffene oder bedrohte Verbraucher*innen im Ostteil der Stadt, auch außerhalb des S-Bahn-Rings. Spezialisiertes Beratungsangebot am Standort Ost in Lichtenberg und zusätzlich kieznahe Beratungsangebot in der UnbezahLBar in Marzahn.

Das Phänomen Energiearmut

Energiearmut bezeichnet zum einen das erhöhte Armutsrisiko durch hohe Energiekosten und zum anderen die Probleme von Menschen mit geringem Einkommen, ihre Rechnungen für Strom und Heizenergie zu bezahlen.

Beratungsangebot der Verbraucherzentrale Berlin

Die Verbraucherzentrale bietet im Rahmen der institutionellen Förderung Energieschuldenberatung am Standort in der Ordensmeisterstraße in Tempelhof und alle zwei Wochen in Reinickendorf und Moabit an. Durch das Projekt „Energieschuldenberatung Ost“ können Betroffene zusätzlich vor Ort in Lichtenberg und in Marzahn beraten werden. Es ist das einzige für diesen Standort konzipierte und finanzierte Beratungsangebot. Eine wohnortnahe Beratung ist wichtig, da immer noch viele Menschen in schwierigen Situationen das persönliche Einzelgespräch brauchen. Zudem ist die Netzwerkarbeit durch das Projekt im Ostteil der Stadt entscheidend, denn Menschen mit Energieschulden erfahren häufig von anderen Einrichtungen wie Stadtteilzentren oder Nachbarschaftshäusern von dem Beratungsangebot. Die Energieschuldenberatung hat sich in Lichtenberg und den angrenzenden Bezirken

mit unterschiedlichen Beratungseinrichtungen vernetzt und das Angebot dort bekannt gemacht, unter anderem auch auf Stadtteilstellen und Sozialtagen. So werden Menschen mit Energieschulden inzwischen von verschiedenen Multiplikatoren an die Verbraucherzentrale verwiesen. Das Angebot ist eine wichtige Säule der sozialen Beratungsinfrastruktur in den östlichen Bezirken.

Ziel des Projekts

Ziel des Projekts ist die Weiterführung des spezialisierten Beratungsangebotes für Menschen mit Energieschulden im Ostteil der Stadt, in dessen Rahmen mit Verbraucherinnen und Verbrauchern individuelle Lösungen erarbeitet werden und dabei auch die aktuellen Hilfsangebote wie etwa der Härtefallfonds berücksichtigt werden können.

Zur Erreichung der Ziele waren bisher schwerpunktmäßig personelle Kapazitäten erforderlich. Zukünftig könnte, je nach Finanzierung der Verbraucherzentrale Berlin insgesamt, zusätzlich ein höherer Mietkostenanteil erforderlich sein.

Förderbedarf im Jahr 2026

Für die Fortführung des Beratungsangebotes werden 103.450,62 € benötigt. Das entspricht

der Fördersumme von 2025 inklusive einer angenommen 3 % Tarifsteigerung auf den Lohnanteil.

ZuHaus in Berlin

Kostenfreie Energieberatung im Eigenheim

Das kostenfreie Beratungsangebot richtet sich an Berliner Eigentümerinnen und Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Reihenhäusern. Die Energieberaterinnen und Energieberater der Verbraucherzentrale Berlin analysieren die energetische Situation bei einem zweistündigen Ortstermin und geben Handlungsempfehlungen zu dezentraler und klimafreundlicher Energieversorgung und Sanierungsmöglichkeiten.

Allgemeine Informationen zum Projekt

Im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK 2030) hat die Verbraucherzentrale Berlin zusammen mit der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt das Projekt ZuHaus in Berlin ins Leben gerufen. Das Projekt bietet seit 2019 kostenfreie und niedrigschwellige Vor-Ort-Energieberatungen für Eigenheimbesitzende im gesamten Stadtgebiet an. Die Ratsuchenden werden zur Reduzierung ihres Energieverbrauchs, dem Einsatz klimafreundlicher Energieanlagen sowie zu Fördermöglichkeiten beraten. Ergänzt wird die Vor-Ort-Beratung durch Informationsmaterialien und Veranstaltungen zu verschiedenen Themen der energetischen Sanierung und Modernisierung. Damit übernimmt ZuHaus in Berlin wichtige Aufgaben im Bereich Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit und klärt die Berliner Bevölkerung über Pflichten und nationale Rechtsvorgaben auf, die sich aus BEK 2030, EEWärmeG, WPG und GEG ergeben.

Zielgruppe von ZuHaus in Berlin

Die Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen und der Einsatz Erneuerbarer Energien in Ein- und Zweifamilienhäusern sind eine wichtige

Maßnahme für das Land Berlin, die verbindlichen Minderungsziele im Gebäudesektor zu erreichen. Insbesondere Eigenheime älteren Baujahres haben häufig einen erhöhten energetischen Sanierungsbedarf. Zudem zeigen die ersten Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung, dass sich viele Eigenheime in den Berliner Außenbezirken zukünftig dezentral mit Wärme versorgen werden.



**ZuHaus
in Berlin**

Projektziele

ZuHaus in Berlin bietet im gesamten Stadtgebiet qualifizierte Energieberatungen an. Neben der Vor-Ort-Beratung tritt ZuHaus in Berlin über Infostände und Vortragsreihen in direkten Austausch mit Ratsuchenden. Hierbei werden die Anforderungen aus EEWärmeG, WPG und GEG transparent gemacht und deren praktische Umsetzung begleitet. Bis 2024 wurden rund 2.800 Beratungen abgeschlossen. Im

Jahr 2025 sollen 500 weitere Beratungen dazukommen. Die Sichtbarkeit von ZuHaus in Berlin wird zudem durch lokale Marketingkampagnen, einen suchmaschinenoptimierten Auftritt der Website www.zuhaus-in-berlin.de sowie mindestens sechs Infoabende in 2025 gesteigert. Zudem vernetzt sich ZuHaus in Berlin fortlaufend mit verschiedenen kommunalen Akteuren aus den Bereichen Energiewende und Klimaschutz, um das Angebot bekannter zu machen.

Finanzierung

Das Projekt wird vollständig aus Mitteln des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) finanziert.

Gesamtzuwendung 2025 228.110,09 Euro

Ausblick

ZuHaus in Berlin hat sich als anerkanntes und gut vernetztes Beratungsangebot für Eigenheimbesitzende etabliert, das in allen Bezirken Berlins aktiv ist. Das Projekt verfügt über das Knowhow, die Kapazitäten, das notwendige

Netzwerk und enge Kooperationspartnerschaften, vor allem mit dem BAUinformationszentrum, um die stetig hohe Nachfrage nach Beratungen bedienen zu können. Bezüglich der kommunalen Wärmeplanung, die 2026 abgeschlossen wird, ist mit einem deutlichen Anstieg des Beratungsbedarfs zu rechnen, insbesondere im Hinblick auf die Umstellung von Heizsystemen. Sowohl Vor-Ort-Beratungen, Infoabende als auch Infostände auf ausgewählten Bezirksveranstaltungen sind effektive Instrumente, um zahlreiche Fragen zur zukünftigen Wärmeversorgung, zur Stromversorgung durch Photovoltaik sowie zur energetischen Gesamtbetrachtung des Gebäudes zu klären, die Akzeptanz von Energieeffizienzmaßnahmen zu steigern und Verständnis zu fördern.

Bauinformationszentrum Berlin

Das BAUInformationszentrum Berlin (BAUinfo Berlin) spielt als zentrale und neutrale Anlaufstelle eine Schlüsselrolle bei der Bündelung und Bekanntmachung aller Beratungs- und Informationsangebote rund um das Thema „Nachhaltiges Bauen und Sanieren“ in Berlin. Oberstes Ziel ist es, private Immobilienbesitzende in Berlin für das Thema zu sensibilisieren und zur Umsetzung von geeigneten Maßnahmen zu motivieren.

Allgemeine Informationen zum Projekt

Das BAUinfo Berlin wird seit 2022 im Auftrag der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) umgesetzt und durch die Berliner Energieagentur GmbH geleitet.

Die Verbraucherzentrale Berlin ist im Unterauftrag verantwortlich für die Umsetzung der Initialberatung und besetzt die externe Geschäftsstelle mit insgesamt drei Mitarbeiterinnen, darunter zwei beratenden Architektinnen/Ingenieurinnen.



Das Monitoring bis Ende 2025 bescheinigt dem BAUinfo eine hohe Reichweite (1.600 Beratungskontakte, 6.000 Veranstaltungsbesuche), eine hervorragende Beratungsqualität (über 90 % zufriedene Ratsuchende) und eine steigende Wirksamkeit (Anstieg der Umsetzungsquote von 9 auf 31 %, lt. Befragung 2023 bzw. 2025).

Ziele und Zielgruppen

Ziel des Beratungsangebots ist die indirekte CO₂-Minderungswirkung bei Sanierung und Neubau von im privaten Eigentum befindlichen Immobilien. Insbesondere die Steigerung der Sanierungsraten ist für das Erreichen der Klimaneutralität bis 2045 zwingend erforderlich.

Darüber hinaus erfüllt das BAUinfo eine Lotsenfunktion durch die Bündelung und Bekanntmachung aller Beratungs- und Informationsangebote rund um das Thema „Nachhaltiges Bauen und Sanieren“ in Berlin.

Zielgruppen

Das Beratungsangebot adressiert Eigentümerinnen und Eigentümer von:

- im Bau befindlichen Wohngebäuden und kleinen Nichtwohngebäuden
- bereits bestehenden Wohngebäuden und kleinen Nichtwohngebäuden
- Eigentumswohnungen
- sowie Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) und deren Verwaltungen.

Anfragen von Fachplanenden, Einrichtungen, Institutionen und städtischen Verwaltungsorganen werden bezogen auf das jeweilige Anliegen bearbeitet.

Schwerpunkt des Beratungsangebotes ist die Durchführung von individuellen projektbezogenen Beratungen sowie von zahlreichen Informationsveranstaltungen zur Vermittlung gesetzlicher Anforderungen, technischer Lösungsoptionen und Fördermöglichkeiten.

Netzwerk

Das BAUinfo Berlin konnte in den vergangenen vier Jahren ein multilaterales und interdisziplinäres Kooperationsnetzwerk mit 28 Partnern aufbauen, darunter die Architektenkammer Berlin, die Handwerkskammer Berlin sowie die Innung SHK Berlin und Schornsteinfeger-Innung in Berlin. Alle Netzwerkpartner tragen umfänglich zur Qualität des Beratungsangebots bei. Zusätzlich zielt die Vernetzung der Akteure darauf ab, die Kommunikation, den Wissenstransfer und die Kooperation zwischen den Gewerken zu erleichtern. Auf diesem Weg können weitere Hemmnisse abgebaut werden, um die erfolgreiche Umsetzung von Projekten zu fördern. Zu diesem Zweck werden im Rahmen des Projekts Netzwerktreffen, Workshops und öffentliche Veranstaltungen durchgeführt.

Projektfinanzierung

Das Projekt wird vollständig aus Mitteln des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) finanziert.

Gesamtzuwendung **416.640,00 Euro**
2025

Anteil Verbraucher- 229.086,90 Euro
zentrale Berlin

Ausblick und Einordnungen

Das BAUinfo Berlin erfüllt unmittelbar Pflichten und nationale Rechtsvorgaben die sich aus BEK 2030, EEWärmeG, WPG und GEG ergeben. Sowohl für die Erreichung der verbindlichen Minderungsziele im Gebäudesektor als auch für die eigenen Zielvorgaben im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung (u. a. Sanierungsquote von 1,7 %) ist das Projekt BAUinfo bereits jetzt ein unverzichtbarer Baustein.

Nach Mai 2026 greift zusätzlich die europäische Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und damit die Pflicht zur Einrichtung zentraler Anlaufstellen für die energetische Sanierung von Gebäuden („One-Stop-Shops“) für Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen und öffentliche Einrichtungen (Artikel 18).

Der Ausbau etablierter Projekte wie das BAUinfo Berlin ermöglicht eine effiziente und praxisnahe Umsetzung der EU-Vorgaben im Land Berlin.



Berlin is(s)t klimafreundlich

Aufklärungsmaßnahmen über den Zusammenhang von Ernährung und Klima für Berliner Kinder, Jugendliche und Erwachsene

Das Projekt setzt sich aus den zwei Projektsäulen „Maßnahmen der Verbraucherbildung“ und „Maßnahmen der Lebensmittelrettung“ zusammen. Übergeordnetes Ziel des Projekts ist es, bedarfsgerechte, niedragschwellige und interaktive Ernährungsbildung sowie Angebote der Lebensmittelrettung in den Berliner Kiezen zu schaffen.

Allgemeine Informationen zum Projekt

Das Projekt bietet zu mehreren Handlungsfeldern der Berliner Ernährungsstrategie niedragschwellige zielgruppenspezifische Aufklärungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher im gesamten Stadtgebiet an. Darüber hinaus sind Beratung und Vernetzung zum Thema Lebensmittelrettung Schwerpunkte der Projektarbeit.

Verbraucherbildung

Es werden Vorträge, Workshops und Infostände zu den Themen CO₂-Emissionen, ökologische Landwirtschaft, Fairer Handel, Regionalität, Saisonalität, Lebensmittelwertschätzung und gesunde, kostenbewusste Ernährung angeboten. Dabei wird das Verstehen von Zusammenhängen zwischen Ernährung, Gesundheit und Klima mit einem Praxisteil kombiniert, um alltagsnahe Handlungsalternativen zu bisherigem Verhalten zu erlernen und den scheinbaren Widerspruch zwischen gesunder und klimafreundlicher Ernährung im Bewusstsein zu lösen. Zielgruppen sind Verbraucherinnen und Verbraucher jeder Altersgruppe, Familien, Schülerinnen und Schüler, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten sowie Multiplikatoren.

Lebensmittelrettung

Das sogenannte Foodsharing (Lebensmittel teilen statt wegwerfen) ist ein wichtiger Ansatz für die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung. Ziel des Projekts ist es, die Verteilstationen bzw. Kiez-Boxen (öffentliche Kühlschränke) zu verstetigen und so mehr Menschen zu befähigen, überschüssige Lebensmittel in ihrer Nachbarschaft zu teilen. Dafür werden Einrichtungen mit bestehenden Verteilstationen weiterhin in der Umsetzung und Bekanntmachung unterstützt und zusätzlich weitere Standorte eingerichtet. Dabei ist die Beteiligung der Nachbarschaften durch Mitmachaktionen ein zentraler Aspekt, um das Angebot nachhaltig in den Kiezen zu verankern.

Netzwerk und Nachfrage

Im Laufe des 2019 geschaffenen Projekts wurde ein breites Netzwerk an Kooperationspartnern aufgebaut. Seit Projektstart wurden 366 Veranstaltungen durchgeführt und über 13.000 Verbraucherinnen und Verbraucher in direktem Kontakt erreicht. Die konstant hohe Nachfrage, welche die bestehenden Kapazitäten regelmäßig übersteigt, unterstreicht den großen Bedarf und die Relevanz des Projekts für die Berliner Stadtgesellschaft. Zudem wurden insgesamt 14 Verteilstationen im Rahmen des Projekts aufgebaut. Um die Standorte

nachhaltig in den Kiezen zu etablieren, ist eine Anlaufstelle zur Beratung und Vernetzung sowie zur Unterstützung bei Veranstaltungen weiterhin notwendig.

Beitrag zu den Berliner Klimazielen

Mit dem Projekt wird die Umsetzung zentraler Ziele des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK 2030) sowie der Berliner Ernährungsstrategie, insbesondere in den Bereichen Emissionsminderung, Ressourcenschonung, Bildung und sozialer Teilhabe unterstützt.

Förderbedarf im Jahr 2026

Das Projekt wurde bis Ende 2025 als Kofinanzierung zu 80 % aus Mitteln des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK 2023)

sowie zu 20 % aus Mitteln der Berliner Ernährungsstrategie mit einer Gesamtsumme von 853.316,19 € über drei Jahre gefördert. Für die Fortführung des Projekts werden 299.000 € benötigt.